



Offener Brief an die Verantwortungsträger*innen

Ergeht auch an:

Frau Dr.ⁱⁿ Irmgard Griss, Kindeswohl-Kommission
Herrn Bundeskanzler Sebastian Kurz
Herrn Vizekanzler Mag. Werner Kogler
Herrn Innenminister Karl Nehammer, MSc

Herrn
Bundespräsident
Dr. Alexander Van der Bellen
Österreichische Präsidentschaftskanzlei

Ballhausplatz
1010 Wien

Wien, 25. März 2021

Kinderabschiebungen STOPPEN

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Dr. Van der Bellen!

Mit großer Sorge haben wir die Abschiebung von Kindern und Jugendlichen, die in Österreich geboren bzw. aufgewachsen und somit hier verwurzelt sind, beobachtet und dagegen protestiert.

Aus unserer Perspektive macht gerade die Abschiebung von jungen Menschen, die hier in den Kindergarten gegangen sind, die die Schulbank in unserem Land gedrückt haben, welche allenfalls einer Lehre nachgehen und in Österreich perfekt integriert sind, weder wirtschaftlich noch sozial einen Sinn.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Mühen und Kosten die Integration von neu angekommenen Menschen für sie selbst, aber auch die öffentliche Hand verursachen, bekommen Abschiebungen einen noch herberen Beigeschmack.

Die öffentliche Hand investiert in Deutschkurse, Ausbildung und Wertevermittlung viel Geld und Zeit, um Erfolge in der Integrationspolitik zu erzielen. Geht es aber um die Wertschätzung der erbrachten Leistungen, gerade im Integrationsbereich von Kindern und Jugendlichen, wird jedes rationale und menschliche Denken und Handeln wie wir es bei Tina und Sona und deren Familien leider erleben mussten, aufgegeben. Eine Abschiebung ist ein tiefer Einschnitt im Leben dieser Kinder und Jugendlichen. Diese Zäsur betrifft in gleicher Weise ihre Schulkamerad*innen und Freund*innen.

Das Argument, dass die Jugendlichen ihre erworbenen Fähigkeiten in jenen Ländern gebrauchen können, in die sie abgeschoben werden, zeugt von Unkenntnis. Ignoriert wird bei diesem Argument, dass Österreich allein aus demographischen Gründen weiterhin auf Zuwanderung angewiesen ist. Ausgebildete Menschen abzuschieben, um dann neue auszubilden, die das Land dringend nötig hat, ist eine Fehlkalkulation.

Einerseits sich über fehlende Integration zu beschweren und im selben Atemzug integrierte Kinder und Jugendliche abzuschieben, geht nicht zusammen.

Die Ausweisung von Kindern und Jugendlichen ist weder menschlich noch sozial, bzw. ökonomisch zu rechtfertigen. Wir, die Unterzeichner*innen dieses Schreibens, fordern die Regierung auf, das Kindeswohl in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen zu stellen und damit die rigide Politik zu beenden.

Wir meinen daher, dass in Entscheidungen über Abschiebungen vs. humanitäres Bleiberecht die Landeshauptleute, Bürgermeister*innen und die betreuenden Einrichtungen einzubeziehen sind. Kinder und Jugendliche, die hier geboren sind und sich in Ausbildung befinden, dürfen nicht abgeschoben werden.

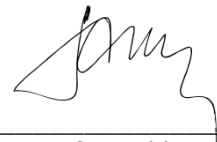
Nun sind seit mehr als zehn Jahren die Kinderrechte in der österreichischen Verfassung, wenn auch nicht zur Gänze, implementiert. Der Brief ist ein Appell an die politisch Verantwortlichen, jene Entscheidungen und Gesetze, die mit Kinderrechten und dem Kindeswohl kollidieren, zum Wohle des Kindes zu korrigieren.



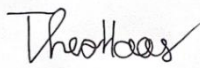
Dr. Michael Häupl
Präsident
Volkshilfe Wien



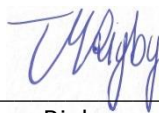
Dr. Christian Konrad
Initiator
Menschen.Würde.Österreich



Prof. Ewald Sacher
Präsident
Volkshilfe Österreich



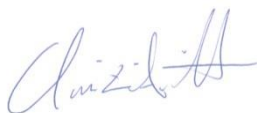
Theo Haas
Schulsprecher
GRG 1



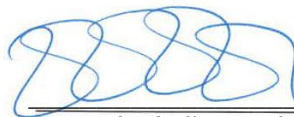
Tierra Rigby
Schulsprecherin
HWL 10



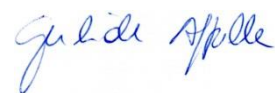
Mag.^a (FH) Tanja Wehsely
Geschäftsführung
Volkshilfe Wien



Christian Oxonitsch
Bundesvorsitzender
Ö Kinderfreunde



Mag. (FH) Ilkim Erdost MSc
Geschäftsführung
Wiener Jugendzentren



Mag.^a Gerlinde Affenzeller
Geschäftsführung
SOS Mitmensch



Cornelius Obonya
Initiator
Courage - Mut zur Menschlichkeit



Mag.^a Anna Steiger
Vorstandsmitglied
Flüchtlingsprojekt Ute Bock



Katharina Stemberger
Vorstandsvorsitzende
Projekt Integrationshaus